

BASis Info 1/2011

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

SPD

04.02.2011



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die ersten zwei Sitzungswochen 2011 liegen schon wieder hinter mir und es ging gleich gut weiter.

Am Freitag der vergangenen Sitzungswoche haben wir im Deutschen Bundestag über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes entschieden. Ich habe dagegen gestimmt, obwohl mir diese Entscheidung nicht leicht gefallen ist. Eine ausführliche Begründung für mein Abstimmungsverhalten finden Sie auf Seite 4.

Mitte Januar hatte sich unsere SPD-Bundestagsfraktion zur zweitägigen Klausurtagung getroffen und die Schwerpunkte für das Jahr 2011 festgelegt: das Bildungspaket gegen Kinderarmut, die solidarische Bürgerversicherung, der Kampf gegen den Missbrauch von Leiharbeit und für Mindestlöhne sowie die Steuer- und Integrationspolitik. Als Gesundheitspolitikerin steht für mich natürlich die solidarische Bürgerversicherung und die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung im Mittelpunkt mei-

ner Arbeit. Mein erster komplett eigener Antrag zum Thema Krankenhaushygiene hat bereits seine Drucksachennummer. Weitere Informationen folgen an dieser Stelle ganz sicher.

In meinem Duisburger Wahlkreis wird die Rollende Bürgersprechstunde natürlich auch 2011 weiterrollen und ich will meine Sprechstunden noch ausbauen: Ab dem Frühjahr wird es regelmäßige politische Frühschoppen und persönliche Sprechstunden in meinen frisch-renovierten Büroräumen geben. Meine „Duisburger Impulse“-Veranstaltungen gehen 2011 natürlich auch in zwei neue Runden und so viel kann ich schon mal verraten: mit Infoveranstaltungen zur Pflege sowie zur Kinder- und Jugendgesundheit. Und: Beim Thema Transparenz werde ich weitermachen, wo ich gar nicht aufgehört habe: Auf www.baerbelbas.de wird es 2011 erstmals meinen Steuerbescheid zu sehen geben und schon in diesen Tagen kommen noch mehr Informationen zu meiner Arbeit per Flyer direkt in den Briefkasten.

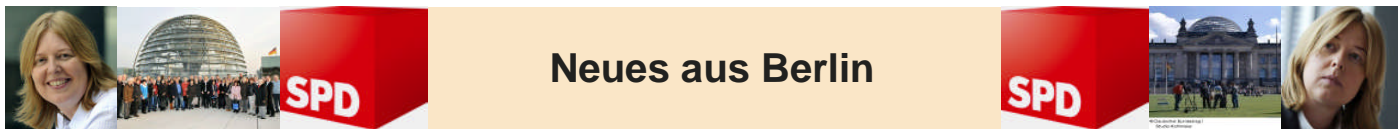
In Berlin bleibt in diesen Tagen das Thema Hartz-IV-Reform oben auf der Tagesordnung. Am Sonntag kommt der Vermittlungsausschuss wieder zusammen. Beim Bildungspaket hat sich die SPD schon durchgesetzt: Das Paket wird jetzt auch auf Kinder von Wohngeldempfängern ausgeweitet und die Umsetzung durch die Kommunen verhindert eine Verschleuderung von Geld durch neue Bürokratie. Das reicht aber nicht. Wir bleiben auch hartnäckig bei unseren Forderungen nach transparenten und nicht kleingerechneten Regelsätzen, Mindestlöhnen und gleichem Lohn für gleicher Arbeit („equal pay“).

Am 11. Februar könnte der Bundesrat über die Hartz-IV-Reform entscheiden. Die SPD kämpft für ein Vermittlungsergebnis, dass die Situation der Menschen spürbar verbessert. Wir bleiben dran.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'BWB' with a stylized flourish at the end.

Bärbel Bas



Stichwort: Fortschritt

Der SPD-Parteivorstand hat zum Jahresauftakt 2011 den Entwurf für ein *Fortschrittsprogramm* vorgelegt. Über diesen Entwurf wird die Partei bis Ende des Jahres diskutieren und das Fortschrittsprogramm auf dem Bundesparteitag im Dezember verabschieden.

Wie keine andere ist die SPD eine Programmpartei und es stellt sich natürlich die Frage: Hatte die SPD nicht erst im Oktober 2007 in Hamburg ein neues Grundsatzprogramm beschlossen? In der Tat, das Hamburger Programm. Ein Grundsatzprogramm bestimmt den politischen Kurs für Jahrzehnte, man muss sich aber auch zwischendurch über die Prinzipien sozialdemokratischer Politik verständigen. Die Älteren werden sich an den in den 1970er Jahren beschlossenen *Orientierungsrahmen '85* erinnern.

Das Hamburger Programm ist trotz der Beratungen über das *Fortschrittsprogramm* aktuell. Wir mussten uns aber nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 2009 eingestehen, dass wir den meisten Menschen offensichtlich nicht mehr klarmachen konnten, wofür Sozialdemokraten politisch stehen und wie die Sozialdemokraten sich die Zukunft unseres Landes vorstellen. Wir wollen eine „solidarische Bürgergesellschaft“, aber wir müssen klarer Farbe bekennen, was wir darunter verstehen.

Das Jahr 2010 war das Jahr der Konsolidierung. Die SPD hat wieder Boden unter den Füßen bekommen, in NRW konnte die SPD gar die Landesregierung ablösen. Die Umfragewerte sind wieder etwas nach oben gegangen, die Aussichten für die Landtagswahlen 2011 sind recht gut. Man darf sich aber nicht täuschen: Vieles „verdanken“ wir auch dem katastrophalen Start der schwarz-gelben Koalition. Der jetzt einsetzende Wirtschaftsaufschwung dürfte, auch wenn er zu großen Teilen der Arbeit der SPD-Minister während der schweren Krise zu verdanken ist, wieder einige Wähler zurück zu Merkel treiben.

Deshalb muss 2011 das Jahr der Kursbestimmung für die SPD werden. Aus diesem Grund hat die SPD im Deutschen Bundestag eine Fortschritts-Enquetekommission initiiert, die Vorschläge für einen neuen Maßstab von Fortschritt und Wohlstand entwickeln soll - und dabei den Zustand der Umwelt, das Niveau von Gesundheit und Bildung, Sicherheit, politischer Teilhabe und Zugang zu Arbeit, aber auch die Verfügbarkeit von freier Zeit miteinbezieht. Für die SPD geht Fortschritt über Wachstum und technologische Entwicklung hinaus.

Die zentralen Themen des Fortschrittsprogrammes sind „Gesundheit und Pflege“, „Arbeiten und Leben - Beruf und Familie“, „Frauen und

Gleichstellung“, „Finanzen und Steuern“, „Städte und Gemeinden“, „Bildung und Integration“, „Arbeit, Wirtschaft, Nachhaltigkeit“, „Europa und die weltweite Gerechtigkeit“ und natürlich auch „Demokratie und Freiheit“. Die SPD sieht Fortschritt auch als Ausbau der demokratischen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten und das gilt natürlich auch für die Mitbestimmung innerhalb der SPD.

Deshalb ist es mir – nicht nur als Bundestagsabgeordnete, sondern auch als stellvertretende Parteivorsitzende der SPD Duisburg – besonders wichtig, dass die SPD in Duisburg sich an diesem Prozess der innerparteilichen Willensbildung sehr weitgehend beteiligt. Deshalb hat die SPD in Duisburg Zukunftswerkstätten zu Themen wie „Finanzpolitik und Staatsverschuldung“, „Migration und Integration“ oder auch die von mir geleitete Werkstatt „Zukunft der Rente“ eingerichtet. Die Zukunftswerkstätten arbeiten Anträge aus, die dann auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember in das Fortschrittsprogramm der SPD einfließen sollen. In einer lebhaften Demokratie, verläuft der politische Willensbildungsprozess von unten nach oben.

[Den Entwurf zum Fortschrittsprogramm der SPD finden Sie hier zum Lesen und zum Download.](#)

Gesundheitspolitik in Rheinhausen

Die Zukunft des solidarischen Gesundheitssystem in Deutschland stand am vergangenen Dienstagnachmittag bei der AG 60plus der Rheinhauser SPD auf der Tagesordnung. Ich durfte über mein Lieblingsthema referieren und rund 40 SPD-Senioren waren mit Fragen im Gepäck zum AWO-Treff in Bergheim gekommen. Ein schöner Nachmittag in netter Atmosphäre.

Im Mittelpunkt standen meine Arbeit im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages und die so genannten Gesundheitsreformgesetze der schwarz-gelben Bundesregierung. Dabei habe ich noch einmal betont, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrer Kopfpauschale, dem Einfrieren des Arbeitgeberanteils und der Einführung der Vorkasse eine Drei-Klassen-Medizin aufbaut.

Das ist unsoziale Klientelpolitik, die ich menschlich und politisch für falsch halte. Wir diskutierten aber auch ganz konkrete Probleme in der Gesundheitsversorgung vor Ort in Duisburg. Auch in Duisburg gibt es beispielsweise in vielen sozialschwachen Stadtteilen für die Menschen keine wohnortnahe Versorgung mit Ärzten. Deshalb müssen wir die Haus- und Kinderärzte stärken.



Duisburg braucht eine lebendige Kultur- und Partyszene, deshalb brauchen wir auch Liveclubs wie das Djazz.

Solidarität mit KKD-Mitarbeitern

Die SPD Duisburg unterstützt die Mitarbeiter des KKD in ihrem Protest gegen die angedrohten Entlassungen. Ich bin entsetzt, wie mit den Mitarbeitern umgegangen wird. Die Mitarbeiter des KKD haben sich auf die Dienstvereinbarung verlassen, die betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31. Dezember 2011 ausschließt. Persönlichen Berichten von Mitarbeitern zur Folge, wurden die Betroffenen zwischen den Jahren von ihrem Arbeitgeber telefonisch informiert,

dass sie von den Kündigungen betroffen seien und man wünsche noch ein frohes neues Jahr.

Wenn sich ein kirchlicher Arbeitgeber nicht einmal zu den eigenen hohen Feiertagen an seine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeitern gebunden fühlt, muss deren Sonderstellung im Mitbestimmungsrecht auf den Prüfstand.

[Lesen Sie hier meinen Offenen Brief an Weihbischof Franz Vorrath vom 19. Januar 2011.](#)

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++05.02.: Podiumsdiskussion beim „Zukunftskongress öffentliche Apotheke“ im World Conference Center in Bonn+++

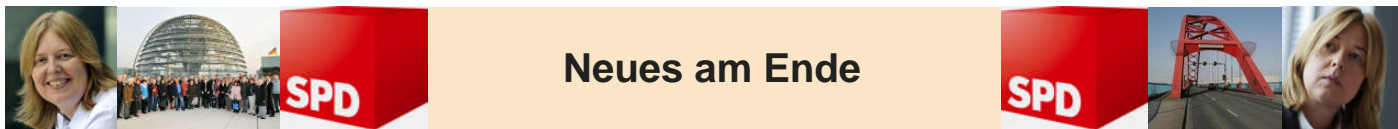
+++06.02.: Neujahrsempfang beim SPD-OV Huckingen+++

+++07.-11.02.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++21.-25.02.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++Besuch des Karnevalsverein Schlappe Orgel in Kaßlerfeld+++

+++Weitere Informationen unter www.baerbelbas.de+++



Mein „Nein“ zu Afghanistan

Ich habe am 28. Januar im Deutschen Bundestag gegen die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr (ISAF) gestimmt und diese Entscheidung ist mir wirklich nicht leicht gefallen.

Im letzten Jahr habe ich mich - trotz Bauchschmerzen - noch enthalten können. Natürlich möchte auch ich nicht, dass das Land wieder den Taliban in die Hände fällt und ein Abzugsbeginn 2011 schien im vergangenen Februar noch erreichbar.

Auch in diesem Jahr hat vor allem die Task Force-Afghanistan von Hans Pflug wirklich gute Arbeit geleistet,

um die Bundesregierung auf ein Ende dieses Einsatzes festzulegen. Ich habe aber bereits im Februar 2010 gesagt, dass ich der Bundesregierung und insbesondere Verteidigungsminister zu Guttenberg keine Blankoschecks gebe und die „Wurschtelei“ von Herrn zu Guttenberg reicht nicht, um mein Gewissen zu beruhigen. Auf Druck von zu Guttenberg ist der Antrag so verwässert worden, dass nur im Begründungstext die völlig unverbindliche Aussage steht: "Die Bundesregierung ist zuversichtlich(...)die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können(...)soweit die Lage

dies erlaubt“. Eine so unverbindliche Aussage ist nicht viel Wert - und für mich ganz besonders nicht: Mein Bruder ist Berufssoldat und ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, ihn und viele andere junge Soldaten in diesen gefährlichen Einsatz mit einem "Ja" zu schicken. Deshalb habe ich mit "Nein" gestimmt.

Die Mehrheit meiner Fraktion hat für die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes gestimmt. Wenn es aber um Krieg und Frieden geht, ist jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete nur dem Gewissen verpflichtet.

Neues aus meinem Tagebuch

Die Opposition ist hier in Berlin einfach immer schneller als die Bundesregierung. Ich hatte einen Diplomatenpass beantragt und wollte beim Auswärtigen Amt den nötigen Fingerabdruck abgeben. Doch vor Ort sagte mir die nette Sachbearbeiterin: „Ich habe ihren Antrag noch gar nicht vorliegen“. Immerhin zeigt sich die Regierung an dieser Stelle lernfähig: Ich durfte schon vorab meinen Fingerabdruck abgeben und den Pass habe ich jetzt auch.

Natürlich kommt die Bahn auch bei Abgeordneten mit Verspätung. Auf dem Weg zur Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion war das

aber gar nicht schlecht: Franz Müntefering und ich konnten so mal eine Stunde am Hauptbahnhof Hannover über aktuelle Politik diskutieren.

Unseren SPD-Antrag zum Menschenrecht auf sauberes Wasser wollten CDU/CSU und FDP letzte Woche ablehnen, brauchten aber einen Hammelsprung. Sofort brach Hektik im Bundestag aus. Alle Abgeordneten hörten die Signale, mein Büro schrieb mir: „Hammelsprung!!!“ Ich antwortete: „Ich bin schon im Plenum und habe alles im Blick“. Kein Grund zur Hektik: Ich konnte in aller Ruhe aus dem Saal gehen und wieder durch die „Ja-Tür“ reinlaufen.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum
V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607
baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de